

Nagra: «In allen drei Gebieten könnten wir ein sicheres Tiefenlager bauen»

Endlager: Das Weinland bleibt im Spiel

ATOMMÜLL Das Zürcher Weinland ist weiterhin als Standort für ein Endlager von hochradioaktivem Atommüll «geeignet». Zu diesem Schluss kommt die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra), die den Auftrag hat, eine Lösung für die Entsorgung des Atommülls zu suchen. Ebenso sehe die geologische Situation an den beiden anderen möglichen Standorten (Nördlich-Lägern bei Eglisau und Jura-Ost bei Bözberg AG) aus. Deshalb konstatiert die Nagra: «In allen drei Gebieten könnten wir ein sicheres Tiefenlager bauen.»

Nachdem die Nagra seit 2019 Bohrungen bei den drei Standorten durchführt, wurde diese Woche eine Zwischenbilanz gezogen. An der Online-Medienkonferenz betonte Philipp Senn, stellvertretender Bereichsleiter Öffentlichkeitsarbeit und Geolo-

gie der Nagra, gleich zu Beginn, es gebe «keine Rangliste der am besten geeigneten Standorte». Dieser Entscheid falle voraussichtlich erst im Jahr 2022.

Weitere Bohrungen sind derzeit noch im Gange oder geplant. Unter anderem wird die Gesteinschicht Opalinuston untersucht, die sich – je nach Standort – etwa 500 bis 1000 Meter unter der Oberfläche befindet. Dieser Opalinuston sei an allen drei Standorten über 100 Meter dick und erstrecke sich über eine genügend grosse Fläche, was an allen drei Standorten ein Tiefenlager ermögliche, so Tim Vietor, Bereichsleiter Geologie und Sicherheit. Für das Endlager wird eine Fläche von etwa ein bis zwei Quadratkilometern benötigt.

Sobald der Standortvorschlag der Nagra feststeht, wird der Bund den Entscheid überprüfen. Unge-

fähr im Jahr 2030 sollen Bundesrat und Parlament sowie allenfalls das Schweizer Stimmvolk (bei einem Referendum) über den aus-

erwählten Standort entscheiden. 2050 oder 2060 würde der Atommüll dann eingelagert – für eine Million Jahre. **js.**



Der Bohrplatz in Marthalen: Hier wurden Gesteinsproben entnommen, um die Beschaffenheit des Opalinustons zu untersuchen. Bild: Nagra

JFSH sagt Ja zur Kovi

ABSTIMMUNG Die Konzernverantwortungsinitiative teilt die Schweiz und die Parteienlandschaft – auch in Schaffhausen.

An den Polen ist der Fall klar: Die linken und grünen Parteien sind dafür, die SVP und die Junge SVP sagen Nein. Auch die FDP empfiehlt die Initiative zur Ablehnung.

In der Mitte aber wird es spannend. Zum Beispiel bei der CVP: Die nationale Partei sagt Nein, aber die Junge CVP Schweiz und die CVP Thurgau scheren aus. Nicht so die Schaffhauser CVP: Sie hat letzte Woche die Nein-Parole zur Konzernverantwortungsinitiative beschlossen.

Die weiteren Mitteparteien EVP und GLP hingegen sprechen sich für ein Ja aus. Ja sagt etwas überraschend auch die EDU,

die im Kantonsrat Fraktionspartnerin der SVP ist.

Die grosse Überraschung kommt aber von den Jungfreisinnigen: Sie haben letzte Woche die Ja-Parole zur Konzernverantwortungsinitiative beschlossen und stellen sich damit nicht nur gegen die FDP, sondern auch gegen den nationalen Jungfreisinn.

Wie geteilt die Schaffhauser Politik durch die Initiative ist, zeigt sich an einer hypothetischen Überlegung: Würde der neu gewählte Kantonsrat darüber abstimmen (und alle Mitglieder der Parteilinie folgen), würde genau die Hälfte des Parlaments Ja stimmen. Entscheiden wird aber natürlich die Schweizer Stimmbevölkerung, die Abstimmung findet am 29. November statt. **mg.**

Kraftwerk am Rheinflall

WASSERKRAFT Der Regierungsrat nimmt einen neuen Anlauf für ein zweites Wasserkraftwerk am Rheinflall. Er beantragt dem Kantonsrat eine entsprechende Änderung des Wasserwirtschaftsgesetzes.

Ein neues Wasserwirtschaftsgesetz? Das wirft altbekannte Fragen auf. Schon 2015 wollten Regierungsrat und Kantonsrat die Wasserkraft ausbauen. Sie scheiterten allerdings am Widerstand des Stimmvolks. Dieses folgte den Empfehlungen von Naturschutzverbänden, SP und ÖBS. «Die Energiewende schaffen wir ohne neue Wasserkraftwerke im Rhein. Lassen wir dem Rheinflall seine schäumende Kraft», liess sich SP-Nationalrätin Martina Munz seinerzeit auf einem Flyer zitieren.

Nach der Abstimmungspleite beauftragte der Kantonsrat die Regierung erneut damit, eine Lösung für den Ausbau der Wasserkraft zu suchen. Nun liegt der Plan der Regierung vor: Am Rheinflall soll die Stromproduktion aus der Wasserkraft um 90 Gigawattstunden pro Jahr erhöht werden. Ein Höherstau des Rheins, wie 2015 noch geplant, ist hingegen vom Tisch.

Ein zweites Kraftwerk am Rheinflall würde laut Regierung «einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten». Zudem könnten Einnahmen von 700 000 Franken pro Jahr erzielt werden. Die Auflage: Wenn der Wasserstand niedrig ist, dürfte am Rheinflall kein Wasser abgezweigt werden, um Strom zu produzieren. Über diesen Vorschlag wird nun der Kantonsrat beraten. **js.**